

Beitrag für CDU-Kreiszeitungen von Dr. Peter Jahr

Lehren aus Paris

Der islamistische Terror ist nicht erst seit dem 13. November 2015 in Europa angekommen. Schon im März 2004 rissen Bomben in einem Zug in Madrid unzählige Menschen in den Tod. Im Juli 2005 sprengten Islamisten in London Busse in die Luft. Und nun folgten allein in diesem Jahr zwei Anschläge in der französischen Hauptstadt, wobei traurige Gewissheit ist, dass der feige Mord an den Charlie-Hebdo-Zeichnern nur der Auftakt für ein viel grausameres Gemetzel war: Mindestens 132 Menschen starben, als sie das taten, was Millionen an jedem Freitag tun – sich mit Freunden im Café treffen, Konzerte besuchen, Fußball schauen.

Glückliche Umstände, aber vor allem auch die Arbeit unserer Sicherheitskräfte, sorgten bisher dafür, dass Deutschland von derartig verheerenden Attentaten verschont blieb. Doch das kann sich von einem auf den anderen Tag ändern, wie das Spiel der Fußball-Nationalmannschaft in Hannover nur vier Tage nach dem 13. November zeigte. Uns allen beweist dies: Es gibt keine hundertprozentige Sicherheit. Terroristen, die unsere Lebensart hassen und auslöschen wollen, werden immer wieder versuchen, uns anzugreifen.

Die Toten des 13. November waren noch nicht gezählt, da waren die Kommentare und Pressemeldungen schon geschrieben: Wir lassen uns unsere Werte nicht von Terroristen zerstören. Wir werden unseren Lebensstil weiter leben. Die Freiheit wird siegen. Es ist alles richtig. Dennoch wirkt es auch ein wenig hilflos. Denn das offene Europa, wie wir es kennen, ist im Kern geschwächt. Zum ersten Mal hat ein EU-Staat formell um Beistand gebeten: Frankreich betrachtet die Anschläge als kriegerischen Akt und erwartet unsere Hilfe.

„Im Kern geschwächt“ – das meint auch, dass wir in einer Welt mit unzähligen Terroranschlägen gerade von den Ereignissen in der französischen Hauptstadt besonders betroffen sind. Weil wir die Ohnmacht spüren: Wir selbst hätten im Café sitzen, unsere Kinder das Konzert besuchen können. Und wenn wir in die Gewehrmündungen geschaut hätten, wäre Hilfe weit weg gewesen. Europa ist stolz auf die Tradition der Aufklärung – aber Sprengstoffgürtel scheinen in solchen Momenten stärker als Toleranz.

Die westlichen Demokratien stehen vor einer schicksalshaften Frage: Wie verteidigen wir unsere Freiheit? Es ist fast eine Beschwörung, dass wir die Terrorwelle von Paris und die Flüchtlingskrise nicht in einen Topf werfen sollen. Und dennoch muss beides gemeinsam betrachtet werden. Nicht nur, weil ein Großteil der Flüchtlinge vor genau jenem Terror geflohen

ist. Sondern, weil auch der Terror seinen Flüchtlingen folgt. Eine konsequente Registrierung bereits in Transitzone an den Grenzen zu fordern ist daher eine Selbstverständlichkeit.

Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union haben das Recht zu wissen, wer in ihr Land kommt. Andererseits löst auch die Registrierung allein das Problem nicht. Stattdessen sollten wir endlich aufhören, den sogenannten Islamischen Staat (IS) zu unterschätzen. Ideologisch für uns scheinbar im tiefsten Mittelalter stecken geblieben, verfügt der IS über High-Tech - sowohl materiell als auch strategisch gesehen. Es dürfte also für den IS überhaupt kein Problem darstellen, einen ihrer Attentäter oder Anhänger mit "gültigen" Reisedokumenten auszustatten. Eigens trainierte Terroristen dürften wohl kaum dem Risiko ausgesetzt werden, den gefährlichen Weg über das Mittelmeer in einem Schlauchboot zurück zu legen.

So hart das für manchen im linken politischen Lager auch sein mag: Terror und Flüchtlingskrise sind nicht voneinander zu trennen. Die Botschaft von Paris liegt klar auf der Hand: Wir müssen unsere Werte mit allen demokratischen Mitteln verteidigen. Dazu gehört ein Einwanderungsgesetz, das Flüchtlingen aus Kriegsgebieten weiterhin Asyl gewährt, aber Wirtschaftsflüchtlinge und Einwanderer aus sicheren Drittländern abweist. Und das jeden sofort ausweist, der die Regeln unseres Rechtsstaates missachtet. Verteidigung mit allen Mitteln der Demokratie bedeutet aber auch: der Terror muss an seinen Quellen bekämpft werden. Diese Aufgabe liegt nun nicht nur in der Hand der EU, sondern in der der Weltgemeinschaft. Denn Terror entsteht immer dort, wo rechtsstaatliche Ordnung fehlt.